

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Ruth Müller

Abg. Uli Henkel

Abg. Gabi Schmidt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Eva Gottstein

Abg. Martin Hagen

Abg. Katharina Schulze

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Fabian Mehring

Staatsminister Joachim Herrmann

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 3 und 4 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Zuständigkeitsgesetzes  
Einführung paritätischer Vorgaben im Landeswahlrecht (Drs. 18/51)**

**- Zweite Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern und des  
Landeswahlgesetzes - Tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im  
Wahlrecht (Drs. 18/206)**

**- Zweite Lesung -**

Die SPD-Fraktion hat namentliche Abstimmung zu ihrem Gesetzentwurf beantragt. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Ein Handy klingelt – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Weckruf für die Parité!)

– Vielleicht können wir das Handy noch ausmachen? – Wir feiern heuer hundert Jahre Frauenwahlrecht. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die Selbstverpflichtung der Parteien alleine nicht reicht. Wir brauchen endlich klare gesetzliche Regelungen, um

Chancengleichheit für Frauen in den Parlamenten zu erreichen. Deswegen hat die SPD-Fraktion den vorliegenden Gesetzentwurf eingereicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns über den Tellerrand hinausschauen: 10 von 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben mittlerweile gesetzliche paritätische Regelungen, also gesetzliche Regelungen, die die Chancengleichheit von Frauen in den Parlamenten verbessern. Ich nenne einmal einige, damit Sie eine Vorstellung bekommen: In Frankreich, in Spanien, in Irland, in Belgien, in Polen, in Portugal, in Slowenien und in Griechenland gibt es mittlerweile gesetzliche Regelungen zum Thema Parité.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Regelungen gibt es im Übrigen auch in vielen, nämlich in 23 von 49 afrikanischen Ländern. Ruanda ist zum Beispiel mittlerweile ein Vorzeigeland, wenn es um Frauenförderung geht. Auch in Deutschland ist das Thema angekommen: Auf Bundesebene wird diskutiert. Die SPD hat hier erste Vorschläge unterbreitet. Auch die CDU, Ihre Schwesterpartei, hat mittlerweile immerhin eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Und in weiteren Bundesländern ist das Thema auf der Agenda. In Brandenburg wurde vor Kurzem ein Paritätsgesetz auf den Weg gebracht, und in Niedersachsen diskutiert man noch. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann also mit Nachdruck sagen: Die Debatte, die wir heute hier führen, ist brandaktuell, und wir befinden uns in guter Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

In ganz Europa wird das Thema Chancengleichheit von Männern und Frauen in den Parlamenten diskutiert. Ich kann Ihnen versichern: Der heutige Tag ist unabhängig von der Abstimmung ein Startschuss in diesem Parlament für eine Debatte, die wir führen müssen. Denn wir Frauen nehmen die Unterrepräsentanz in den Parlamenten nicht länger hin. Wir wollen, dass sich etwas verändert, und wir werden etwas verändern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin sicher, es wird ein langer Weg sein. Aber wir geben keine Ruhe, bis wir am Ziel sind. In Bayern hat sich das Aktionsbündnis Parité gebildet, und ich kann Ihnen sagen: Wir sind viele. In diesem Landtag sitzen in dieser Wahlperiode gerade mal 26 % Frauen, obwohl die Frauen hier in Bayern 51 % der Bevölkerung ausmachen. Hinzu kommt, dass der Frauenanteil hier in diesem Parlament zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen ist, und das, obwohl – hören Sie gut zu – sich mittlerweile nahezu alle Parteien die Frauenförderung auf die Fahnen geschrieben haben, auch die FDP, obwohl es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Frauenförderprogrammen und Mentoring-Programmen gegeben hat, obwohl wir eine Bundeskanzlerin haben, obwohl Frauen es sogar hier in Bayern manchmal schaffen, in die Männerdomäne bayerisches Kabinett vorzudringen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir haben einen großen Frauenanteil bei der CSU im Kabinett, 40 %!)

Trotz dieser vereinzeltten Erfolge ist es doch ernüchternd, dass hundert Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts so wenige Frauen hier in diesem Parlament sitzen. In der SPD gibt es seit den Neunzigerjahren die Quote und den Reißverschluss für die Aufstellung der Listen. Und siehe da: Beides wirkt. Die SPD-Fraktion hier im Bayerischen Landtag ist die einzige Fraktion, die tatsächlich quotiert ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es trifft nämlich nicht zu, dass Frauen gezielt nicht gewählt werden. Nein, viele Parteien stellen leider viel zu wenige Frauen auf, und sie stellen sie vor allem auch nicht an aussichtsreichen Plätzen und nicht als Stimmkreis-kandidatinnen auf. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Frauen werden benachteiligt, und zwar nicht bei der Wahl, sondern bei der Aufstellung. Da muss sich vieles ändern. Es ist wichtig – liebe Kolleginnen und Kollegen, mir rennt die Zeit davon –, dass wir endlich halbe-halbe hier im Parlament sind. Das ist

wichtig mit Blick auf die vielen Themen, die anstehen. Nicht umsonst hat es nahezu 15 Jahre gedauert, bis wir die Förderung von Frauenhäusern hier in Bayern etwas verbessert haben. Nicht umsonst ist der Gender Pay Gap hier in Bayern besonders groß. Nicht umsonst ist die Armut hier im reichen Bayern weiblich.

Aber die anhaltende Unterrepräsentanz von Frauen ist auch juristisch problematisch. Zum einen gibt uns die Verfassung klar den Auftrag: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." – Für die, die das noch nicht gelesen haben: Das ist Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes. Auch das Demokratieprinzip verpflichtet uns zur gleichberechtigten Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.

All das sollte für uns dringend Anlass sein zu handeln. Was wir brauchen, ist mehr Mut. Wir brauchen nicht alles neu zu erfinden, wir können in andere europäische Länder schauen. Vor wenigen Wochen habe ich spontan hier im Landtag zu einem Sit-in für Frauen eingeladen, damit sie einfach mal ausprobieren können, hier zu sitzen, damit sie mal probesitzen können. Spontan haben sich 150 Frauen gemeldet. Es gibt also genug Frauen, die politisch aktiv werden wollen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Dr. Strohmayer, Sie denken an Ihre Redezeit?

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** – Ich bin gleich fertig. – Der eine oder andere kann sich das vielleicht noch nicht vorstellen, wie so ein paritätisch besetztes Parlament aussieht. Deswegen habe ich heute dieses T-Shirt angezogen; hier können Sie sehen, wie es aussieht, wenn mehr Frauen hier im bayerischen Parlament sitzen. Ich kann Sie nur auffordern: Unterstützen Sie unseren Gesetzentwurf, damit sich endlich etwas verändert!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Dr. Strohmayer. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Eva Lettenbauer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem haben wir hundert Jahre Frauenwahlrecht gefeiert – hundert Jahre gleiche Wahlrechte für Männer und Frauen. Auch in diesem Haus wurde das mit einer Ausstellung über Frauen in der bayerischen Politik gefeiert. Wenn ich so in die Runde schaue, sehe ich: Über hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts stellen Frauen hier im Bayerischen Landtag noch immer nur knapp 27 % der Abgeordneten. Über hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts verdienen Frauen in Bayern noch immer nur 79 Cent jedes ganzen Euro, den ein Mann verdient. Über hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts müssen wir noch immer dafür streiten, dass Frauen dieselben Möglichkeiten offenstehen wie Männern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht nachvollziehbar und den Bürgerinnen und Bürgern auch nicht vermittelbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber der heutige Tag kann Startpunkt werden, er kann maßgebliche Weichen zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Bayern stellen. Machen wir uns auf den Weg, Bayern zum ersten gleichberechtigten Bundesland zu machen. Bayern muss endlich das erste gleichberechtigte Bundesland werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben heute die Möglichkeit sicherzustellen, dass Frauen in Zukunft im Parlament gleichberechtigt vertreten sind. Wir können und müssen dafür sorgen, dass Frauen die ihnen zustehende Hälfte der Macht haben. Vor hundert Jahren sprach die erste Frau in einem deutschen Parlament, und hundert Jahre später haben Freiwilligkeit und höchstens freiwillige Selbstverpflichtungen in vielen Parteien es geschafft, dass etwas mehr als ein Viertel der Abgeordneten weiblich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mich nicht damit abfinden, dass durch Ihr Nichtstun noch einmal hundert Jahre verstreichen, bis wir endlich Parität in diesem Hohen Haus haben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn Demokratie die Herrschaft des Volkes ist und dieses Parlament das Abbild der bayerischen Bevölkerung sein soll, dann müssen wir endlich sicherstellen, dass dem Prinzip der Demokratie Genüge getan wird. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, wir brauchen mehr Frauen in den Parlamenten, und wir brauchen die Hälfte der Macht für Frauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frauen sprechen andere Probleme an, sie bringen andere Perspektiven in die Debatte ein. In der pluralistischen Gesellschaft dürfen diese Perspektiven nicht hinten runterfallen, sondern sie müssen im öffentlichen Diskurs thematisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU, FREIEN WÄHLERN und FDP, ich würde von Ihnen gerne mal konkrete neue Ideen hören, wie Sie Frauen die ihnen zustehende Macht und die Mitentscheidungsmöglichkeiten zukommen lassen wollen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Frauen wissen, wie man Macht ausübt!)

Wir wissen ja alle, dass die CSU gerne auch mal schwierige Probleme aussitzt, anstatt die notwendigen Reformen in unserem Land voranzubringen. Klimaschutz, Flächenverbrauch, die gerechte Beteiligung von Frauen – die Liste ist lang. Ich kann Ihnen nur zurufen: Jetzt ist Ihre Chance, etwas in der Frauenpolitik voranzubringen. Verstecken Sie sich nicht länger hinter Plattitüden und freiwilligen Placebos. Machen Sie konkrete und wirksame Vorschläge für die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit der Benachteiligung.

gung von Frauen. Alles andere zeigt Ihre Hilflosigkeit und zeigt auch, dass Sie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Kollegin Lettenbauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Prof. Bausback?

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Am Ende, bitte. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer für Gleichberechtigung steht, der muss aufstehen und einschreiten, wenn Gleiches ungleich behandelt wird. Wer für die Gleichberechtigung von Frau und Mann steht, darf sich nicht hinter hohlen Phrasen verstecken. Wer für Gleichberechtigung steht, hat hier und heute die Möglichkeit, für diese zu stimmen. Lassen Sie uns den heutigen Tag zu einem Signal machen – zu einem Signal dafür, dass die Gleichstellung von Mann und Frau auch in diesem Hohen Hause angekommen ist. Nutzen Sie die Chance, für Gerechtigkeit zu stimmen und für die Hälfte der Macht für Frauen. Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Lettenbauer. – Jetzt kommt die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Prof. Bausback von der CSU-Fraktion.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Kollegin, ich glaube, die ganz große Mehrheit des Hauses, mich eingeschlossen, ist dafür, dass wir den Anteil von Frauen in der Politik in den Positionen erhöhen. Allerdings glaube ich, dass der Weg über die Parität, den Sie vorschlagen, erstens verfassungsrechtlich unzulässig und zweitens auch nicht sinnvoll ist.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang fragen, ob Sie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kennen, insbesondere die Entscheidung vom 4. Juli 2012. Darin führt das Bundesverfassungsgericht aus, dass der Grundsatz der Allgemeinheit

der Wahl die aktive und passive Wahlrechtsgleichheit aller Staatsbürger verlangt. Er ist im Sinne einer strengen und formalen Gleichheit bei der Zulassung zur Wahl des Deutschen Bundestages zu verstehen. – Aufgrund der Gleichheit der Strukturen gilt das auch in den Landtagen.

Wie wollen Sie mit diesen strengen Anforderungen eine Parité vereinbaren, die die Auswahl der freien Aufstellungsversammlung, die Auswahl der Wählerinnen und Wähler sowie die Möglichkeiten, sich aufstellen zu lassen, im Hinblick auf die Individuen unseres Staatsvolkes beschränkt? – Ich glaube, das ist der falsche Weg.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Prof. Bausback, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Der richtige Weg müsste anders laufen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Keine Frage!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke. – Frau Lettenbauer, bitte.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Selbstverständlich ist uns die Rechtsprechung bewusst. Aber worauf ich hinweisen möchte, ist – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So what? – Unruhe)

– Es ist so: Blicken wir auf die Popularklage, zu der Stellung genommen wurde. In dieser Popularklage wurde klargemacht, dass es nicht Pflicht des Bayerischen Landtags ist, sich für Parität einzusetzen. Dennoch ist es möglich. Wenn wir hier gemeinsam das Ziel verfolgen, mehr Frauen und vor allem auch die Hälfte der Macht für Frauen zu bekommen, dann müssen wir davon abweichen, nur auf Freiwilligkeit zu setzen. Wir brauchen klare Regeln. Wir GRÜNEN bieten den Bürgerinnen und Bürgern ganz konkrete Lösungen für die gleichberechtigte Mitentscheidung von Frauen und für den Zugang zur Hälfte der Macht.

(Alexander König (CSU): Auch die GRÜNEN sind an die Verfassung gebunden! –  
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Seid ihr nicht an die Verfassung gebunden?)

Wir müssen hier aktiv werden. Es ist möglich, dafür gesetzliche Regelungen zu schaffen. Das hat die Einschätzung zur Popularklage auch ganz klar gezeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Lettenbauer. –  
Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion.

**Petra Guttenberger (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, auch wir wollen mehr Frauen.

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Super!)

Auch wir wollen mehr Frauen in den Parlamenten. Wir wollen mehr Frauen in den kommunalen Gremien, wir wollen mehr Frauen auf den Entscheidungsebenen von Wirtschaft und Verwaltung.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Wie lange wollt ihr noch warten?)

Aber, und da kommen wir auf den entscheidenden Unterschied zu Ihren beiden Gesetzentwürfen: Wir wollen dies ohne Bevormundung des Wählers und ohne Bevormundung der Wählerin.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): So schafft ihr das nie!)

Sie reden immer von Chancengleichheit. Die gibt es. Die Chancen sind gleich. Aber Sie wollen keine Chancengleichheit, Sie wollen eine Ergebnisgleichheit, weil Sie einem massiv misstrauen: Das sind der Wähler und die Wählerin. Meine sehr geehrten Damen und Herren von GRÜNEN und SPD, das tun wir nicht. Wir sind der festen Überzeugung, dass in einer Demokratie wie der unseren, einer repräsentativen Demokratie, der Wähler und die Wählerin Inhaber der Macht sind. Alle Macht geht vom

Volke aus. Der Wähler und die Wählerin sind auch in der Lage, ihre Entscheidungen zu treffen, ohne dass ich ihnen ein Ergebnis vordiktieren.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das können sie doch weiterhin tun! Haben Sie den Gesetzentwurf nicht gelesen?)

Wir sind auch der festen Überzeugung, dass unser Wahlrecht dem Grundprinzip der repräsentativen Demokratie entspricht. Wir wollen keine Quoten. Wir sind nämlich Gott sei Dank in einem freien Land, in einem demokratischen Land, in dem es keine Quoten für Stände und Ähnliches gibt, sondern in dem jeder die gleiche Chance hat.

Ich sage Ihnen aber auch, dass wir mehr Frauen wollen. Ein wichtiger Schritt sind dabei die Vorbilder, die wir jetzt durch die sehr starke weibliche Note in unserer Staatsregierung haben. Wir wollen aber auch die Parteilinie bei uns, in der CSU, so gestalten, dass sie für Frauen attraktiver wird und wir mehr Frauen dafür gewinnen, sich dort zu engagieren. Dann haben wir auch mehr Frauen, die sich für entsprechende Ämter interessieren und dafür kandidieren.

Wir wollen aber nicht den Wähler und die Wählerin bevormunden, weil wir auch der festen Überzeugung sind, dass keiner der gewählten Abgeordneten irgendeine Quote widerspiegeln sollte. Vielmehr glauben wir, dass der frei gewählte Abgeordnete oder die frei gewählte Abgeordnete, die nur ihrem Gewissen unterworfen sind, die Interessen aller am besten vertreten können. Wir wollen auch nicht, dass vom Ergebnis her vorgegeben wird, wie zu entscheiden ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch gar nicht so!)

Wir wollen nicht, dass die Parteien durch gesetzlich verpflichtende Parité den Grundsatz der Wahlfreiheit und der Wahlgleichheit aufgeben müssen. Wir wollen nicht, dass geschlechterspezifisch differenziert wird. Wir wollen keine Eingriffe in die Programm-, die Organisations- und die Wahlvorschlagsfreiheit der Parteien. Der Bayerische Ver-

fassungsgerichtshof wollte das übrigens auch nicht und hat dies vor knapp einem Jahr im Rahmen der Popularklage zur Parité noch einmal sehr deutlich klargelegt.

Dass es nicht nur gegen die Bayerische Verfassung verstößt, was Sie mit Ihren Gesetzentwürfen wollen, sondern auch gegen die Festlegungen des Bundesverfassungsgerichts, hat Ihnen Herr Prof. Bausback schon dargelegt.

Da wir den Wähler/die Wählerin ernst nehmen und da wir kein Ergebnis vordiktieren wollen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass in einem freien, demokratischen Land ein Parlament durch freie, demokratische Wahlen zusammengesetzt werden muss, werden wir Ihre beiden Gesetzentwürfe ablehnen.

(Margit Wild (SPD): Was wollen Sie denn nun? Sie haben die ganze Zeit nur gesagt, was Sie nicht wollen!)

Damit würde ein Ergebnisrahmen vorgegeben, in dem sich der Wähler, in Freiheit wählend, noch ein bisschen bewegen dürfte. Das ist nicht unser Weg. Unser Weg ist ein anderer. Wir wollen durch Vorbilder agieren. Wir wollen mehr Frauen gewinnen, sich in Parteien zu engagieren. Diese Frauen können sich dann im Rahmen der Chancengleichheit, die Sie sicherlich nicht infrage stellen, entsprechend bewerben und durchsetzen.

In diesem Sinne lehnen wir Ihre Gesetzentwürfe ab. Wir halten sie für den völlig falschen Weg. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass wir mehr Frauen brauchen und dass wir dies auch auf unserem Weg erreichen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Guttenberger. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrte Frau Kollegin Guttenberger, Sie haben wortreich erklärt, was Sie alles nicht wollen. Was wollen Sie eigentlich machen, um tatsächlich mehr Frauen in die Parlamente zu bringen? Sie erzählen uns hier, dass die Wahlen auf einmal nicht mehr frei und demokratisch stattfinden, wenn die Listen paritätisch besetzt wären. Diese Annahme halte ich für völlig daneben.

(Alexander König (CSU): Unkenntnis des Verfassungsrechts!)

Dann würden ja in den Ländern, in denen bereits paritätische Vorgaben erfüllt werden müssen – Frau Kollegin Strohmayr hat Beispiele genannt –, die Wahlen nicht mehr frei und demokratisch stattfinden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in Europa möglich wäre. Es geht eben nicht um eine Bevormundung des Wählers oder der Wählerin,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Doch!)

**Petra Guttenberger (CSU):** Doch.

**Ruth Müller (SPD):** sondern es geht um das Angebot. Es geht darum, dass der Wähler und die Wählerin das Angebot haben, mehr Frauen wählen zu können. Nur darum geht es.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie erreichen wollen, dass mehr Frauen in den Parlamenten vertreten sind, dann können Sie doch jetzt nicht unseren Gesetzentwurf und den der GRÜNEN einfach nur zerreden, aber keine eigenen Maßnahmen vorschlagen. Sie bringen in diese Debatte nichts ein, was Sie als Vertreterin einer Partei, die die Staatsregierung trägt, dafür tun wollen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Müller, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

**Ruth Müller (SPD):** Ich sage Ihnen noch eines: Die italienische Schauspielerin Eleonora Duse hat es schon 1907 gesagt: "Ohne Frauen geht es nicht. Das hat sogar Gott eingesehen." Irgendwann wird es auch die CSU einsehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrte Frau Kollegin Müller, erstens bedauere ich es sehr, dass Sie mir offensichtlich nicht zugehört haben; sonst hätten Sie gehört, welche Schritte wir für gangbar halten.

Zweitens habe ich doch wohl hinreichend ausgeführt, dass der von Ihnen vorgeschlagene Weg verfassungswidrig ist.

Drittens. Wie Sie in Ihrer Partei, der SPD, die Listen aufstellen, paritätisch oder wie auch immer, steht Ihnen selbstverständlich frei. Jeder anderen Partei steht es frei, das für sich auch frei zu entscheiden. Auch das ist ein Stück Wahlfreiheit, auch das ist ein Stück Demokratie. Dies hat sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Bayerische Verfassungsgerichtshof festgelegt. Ich weiß wirklich nicht, wo jetzt Ihr Problem ist. Hätten Sie mir zugehört – –

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!)

Ich sage es Ihnen auch gern noch einmal.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!)

– Ich möchte jetzt bitte ausreden. Wenn Sie mir dauernd ins Wort fallen, ist das sehr unhöflich. Vielleicht mögen Sie keine Argumente, die von Ihren abweichen. Auch der Austausch von Argumenten ist Demokratie.

Jetzt bin ich zwar am Ende der Redezeit,

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ja.

**Petra Guttenberger (CSU):** kann aber nicht wirklich etwas dafür. – Ich formuliere es einmal so: Wir wollen es durch Vorbilder erreichen. Das ist ein Punkt. Wir wollen auch mehr Frauen für das aktive Dasein in einer Partei gewinnen. Dann haben wir auch mehr Frauen, die sich um Positionen bewerben.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau – –

**Petra Guttenberger (CSU):** Wenn das irgendeine andere Fraktion anders lösen will, dann darf sie das.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Guttenberger. – Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung, diesmal von Frau Kollegin Eva Lettenbauer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Lettenbauer, bitte.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Guttenberger, ich bin der Meinung, dass wir ein gleichberechtigtes Angebot an zur Wahl stehenden Frauen und Männern brauchen. Wenn eine Partei dafür sorgt, dass gleich viele Frauen und Männer zur Wahl stehen, dann haben die Bürgerinnen und Bürger die Auswahl und können frei entscheiden, wen sie wählen, nicht aber, wenn ein Geschlecht, die Männer, dominiert.

(Zuruf von der CSU: So ein Unsinn!)

Wie wollen Sie es schaffen, plötzlich mehr Frauen zu finden, wenn Sie mit den Maßnahmen, die Sie immer schon praktizieren, fortfahren? Sie sagen letztlich – konkrete Vorschläge haben Sie nur sehr wenige gemacht –, dass Sie in Ihrer Partei alles beim Status quo belassen wollen. Weshalb gehen Sie davon aus, dass sich hier im Bayerischen Landtag dennoch etwas ändert und wir zu dem dringend notwendigen Status kommen, dass die Frauen hier die Hälfte der Macht haben?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CSU: Was sind das für Worte: "die Hälfte der Macht"!)

**Petra Guttenberger (CSU):** Noch einmal: In Ihrem Gesetzentwurf steht übrigens "mindestens 50 %". Es geht Ihnen also um mindestens die Hälfte der Macht. Parité entspräche 50 %; aber darüber will ich überhaupt nicht reden.

Ich sage es noch einmal: Es gibt eine Verfassung. Diese besagt ganz klar, dass ich nicht diskriminieren darf, weder nach Alter noch nach Geschlecht. Wenn Sie jetzt sagen, dort müsse eine Frau hin, aber kein Senior oder sonst wer, dann ist das eine Diskriminierung. Wenn Sie das bei sich, in Ihrer Fraktion, tun, dann ist das okay; das geht uns überhaupt nichts an. Aber auch jede andere Partei darf entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Stellung festlegen, wie sie ihre Aufstellungsverfahren organisiert.

Ich sage Ihnen unumwunden: Ich will sehr viel mehr Frauen als Kandidatinnen für Direktmandate. Diese klare Zielsetzung habe ich. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns das auf unserem Weg gelingen wird. Wer Frauen wählen will, der kann auf den Listen der demokratischen Parteien eine große Auswahl finden, die er nach vorn wählen kann.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Guttenberger. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Henkel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Uli Henkel (AfD):** Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Wir alle hier im Hohen Haus würden uns über einen deutlich höheren Anteil an Frauen in unseren Reihen – ja, auch über Parität – freuen, ist es doch ganz natürlich, dass Männer die Anwesenheit von Frauen – und hoffentlich doch auch Frauen die Anwesenheit von Männern – schätzen. Schließlich sorgt schon die Natur dafür, dass wir uns, in der Regel jedenfalls, gegenseitig irgendwie anziehend finden.

(Unruhe bei der SPD)

Aber der von der SPD und den GRÜNEN zur Erreichung der Parität in der Politik gewählte Weg ist einfach der falsche. Die verfassungsrechtlichen und demokratietheoretischen Bedenken wurden alle schon in der Ersten Lesung, dann noch einmal im Ausschuss und heute erschöpfend behandelt. Vielleicht sollten also neue Gedanken ventiliert werden, um einen anderen Weg aufzuzeigen, ohne die Verfassung mit Füßen zu treten, ohne die Stimmkreise allesamt auf den Kopf zu stellen, vor allem aber, ohne die doch tatsächlich schon erreichte Gleichstellung von Mann und Frau aus rein populistischen Gründen zu relativieren oder gar zu negieren.

Machen Sie sich doch bitte ehrlich: Der SPD geht es, nachdem sie die eigene Stammwählerschaft so lange vernachlässigt hat, bis nun ein Abrutschen auf den politischen Relegationsplatz droht, darum, bei den weiblichen Wählern zu punkten, um der selbstverschuldeten Verzweigung entgegenzuwirken, also genau das erneut zu versuchen, was ihr bei den Wählern mit Migrationshintergrund ebenso wenig gelungen ist wie bei den Erstwählern.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

Bei den GRÜNEN sieht es zugegebenermaßen schon ganz anders aus. Aber der Schmerz darüber, so stark zugelegt zu haben und dann doch nicht zum Schuss gekommen zu sein – und das, obwohl man zwar nicht die Agenda, dafür aber immerhin doch fast das gesamte alte gegen junges, stylisches Personal ausgetauscht hat –, führt dort offenbar zu der Erkenntnis, dass nur eine Verdrängung des weißen Mannes auch aus den Parlamenten mittelfristig doch noch zu dem erhofften Erfolg führen könnte.

Es ist an Absurdität nicht zu übertreffen, dass gerade die Parteien, die sich doch die individuellen Freiheitsrechte immer so dick auf ihre Fahnen schreiben, keine Sekunde zögern, diese auf dem Altar der Gleichmacherei zu opfern, wenn es denn nur der eigenen Zielerreichung dienlich ist.

Wie also bringen wir nun mehr Frauen in unsere Parlamente? Durch Quoten? Durch die Beschränkung der Parteien bei deren Listenaufstellungen? – Ich sage Ihnen: Das

alles sind untaugliche Versuche. Sie hier im Plenum wissen doch ganz genau, wie Mann oder Frau schlussendlich in eines unserer Parlamente kommt: vor allem durch unzählige, meist nächtliche Sitzungen in den Ortsverbänden, in den Kreisverbänden, in den Bezirksverbänden, durch Abstimmungsmarathons, auch an den Wochenenden, durch die unermüdliche Anwesenheit an Infoständen, durch das Kleben von Plakaten, durch das Verteilen von Flyern und so weiter und so fort.

Politik ist einfach nicht jedermanns, aber eben auch nicht jederfraus Sache. Nachdem zum Beispiel neunmal mehr Frauen zum Yoga gehen – das habe ich gegoogelt –, sind dafür Männer häufiger auf Parteiveranstaltungen anzutreffen und als logische Konsequenz daraus häufiger in den Parlamenten zu finden.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch schon der einzig gangbare Weg zur Parität in den Parlamenten exakt beschrieben, auch wenn dieser den Antragstellern von SPD und GRÜNEN offensichtlich zu mühsam erscheint, als dass man ihn Frauen zumuten könnte, was mich persönlich schon erstaunt.

Gibt es einen Mann hier im Plenum, der ernsthaft meint, Frauen seien weniger geeignet für die Politik als Männer? – Nein! Andererseits gibt es durchaus Antragstellerinnen, die behaupten, sie würden es jedenfalls anders machen und dabei natürlich besser, sie würden andere Themen ins Plenum bringen und damit natürlich die höherwertigen, sie würden andere Schwerpunkte setzen und damit endlich auch die richtigen, sie würden die Welt weiblicher machen und damit angenehmer und friedlicher, sie würden sich noch mehr um Minderheiten kümmern und damit gerechter agieren.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist so!)

Und überhaupt sei es ja ohnehin "a man's world". Dabei ist in der Zwischenzeit schon eher genau das Gegenteil der Fall.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Quatsch!)

Eine Benachteiligung von Frauen ist ein absolutes No-Go, und das ist auch gut so. Die von Männern aber wird trotz Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes häufig folgenlos praktiziert.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Stets soll nun also in Ihrer Welt der Gleichmacherei, des zwar oft Gleichwertigen, aber nicht Gleichen, alles gesetzlich erzwungen werden, hier nun zum Vorteil der Frauen.

Männer mögen Frauen, und dies meist auch in der Politik. Helmut Kohl und sein "Mädchen", mit all den schrecklichen Folgen für unser Land, seien als Beispiel genannt. "Frauen zuerst!" heißt es auch heute noch in Zeiten der Gleichberechtigung bei jedem "anständigen" Schiffsuntergang.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn die SPD und die GRÜNEN nun also erreichen wollen, dass, obwohl weniger Frauen als Männer Parteimitglieder sind, diese dennoch gleich viele Mandate bekommen, dann ist das einfach nicht hinnehmbar. Frauen haben in Deutschland in Sachen Politik die gleichen Rechte wie Männer. Das sehen Sie hier im eigenen Haus, im eigenen Parlament ganz deutlich an unserer Präsidentin Ilse Aigner, an den Kolleginnen Kohnen, Schulze, Ebner-Steiner, Dr. Strohmayer und allen anderen Frauen. Warum also müssen Frauen über eine Schwelle getragen werden, die sie doch selbst aus eigener Kraft jederzeit überwinden können?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Beim Yoga!)

Es geht hier eben nicht darum, dass es Frauen schwerer haben als Männer. Man will es ihnen leichter machen und ihnen dafür Quoten zusprechen, um so politische Vorteile zu generieren.

Jede Partei, die das Reißverschlussfahren anwenden möchte – damit komme ich zum Schluss –, kann dies im Übrigen jederzeit tun, ja sogar in ihrer Satzung verankern, so lange, bis ein Mann dagegen vor Gericht zieht und sicherlich auch gewinnt. Genau deshalb möchten SPD und GRÜNE, dass es ein Gesetz werden soll. Eine subjektiv als ungerecht empfundene Situation, hier die faktische Unterrepräsentierung von Frauen im Parlament, die eindeutig auf eine Minderbeteiligung von Frauen am Partei-leben zurückzuführen ist, sprich: selbstverschuldet ist, soll nun durch eine gesetzlich zementierte Ungerechtigkeit egalisiert werden.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Uli Henkel (AfD):** Das ist zutiefst undemokratisch, und es kann und wird deshalb im Hohen Hause keine Mehrheit finden. Die AfD-Fraktion jedenfalls lehnt beide Entwürfe aus den hier geschilderten Gründen rundweg ab.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Abgeordneter Henkel, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN. – Frau Kollegin Schmidt, ich erteile Ihnen das Wort.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Herr Henkel, zu Ihrer ersten Feststellung: Nein. Sie haben gesagt, Sie gehen davon aus, dass sich Frauen freuen, wenn auch Männer anwesend sind, und dass sich Männer freuen, wenn auch Frauen anwesend sind. Ich freue mich nicht, wenn Sie wie im zweiten Teil Ihrer Rede Chauvi-Sprüche bringen und sagen, dass Frauen lieber beim Yoga seien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin mit Männern wie Ihnen nicht gerne im Saal. Da Sie dies festgestellt haben, möchte ich als Frau bestreiten, dass es angenehm ist. Es ist wirklich nicht angenehm.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der AfD)

Nun eine weitere Anmerkung: Wir haben dieses Thema heute den ganzen Nachmittag sachlich und inhaltlich diskutiert. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN und auch für uns. Herr Präsident, ich weiß nicht, ob wir eine große Chauvi-Kasse haben oder ob wir beurteilen können, dass sich Frauen nicht engagieren, weil sie lieber beim Yoga sind. Das verbitte ich mir. Das steht Ihnen nicht zu, Herr Henkel. Ich werde die Frage genauso unsachlich beantworten: Ich würde mir Ihre Fraktion auch öfter beim Yoga wünschen. Da muss man nämlich den Mund halten.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD sowie des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Uli Henkel (AfD):** Ich warte immer noch auf Ihre Frage.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Eine letzte Anmerkung: Sie haben festgestellt, dass wir uns mögen würden. Wir mögen uns nicht. So braucht man das nicht zu diskutieren. Wenn Sie das tun, dann tun Sie es bitte sachlich.

Eines möchte ich noch sagen. –

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nein, Sie dürfen jetzt bitte zum Ende kommen!

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Sie haben zwar Frauen in Ihrer Fraktion, aber Ihre Kollegin hat im Ausschuss noch nie ein Wort gesagt. Sie weiß nicht, was. Sie hat sicherlich gedacht, sie ist im Yoga. Auch das möchte ich so weitergeben.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN den GRÜNEN und der SPD)

**Uli Henkel (AfD):** Ich finde es schade, dass Sie mir keine Frage gestellt haben. Ich hätte gerne Ihre Frage beantwortet.

Zum Inhalt meiner Rede möchte ich Ihnen schon sagen: Ich habe zu Beginn meiner Rede erwähnt, warum ich es heute einmal anders mache: weil nämlich schon alles herauf- und herunterdekliniert worden ist. Ich wollte dem Ganzen einmal einen anderen Touch geben.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das macht es nicht besser!)

Ich glaube, das ist auch in Ordnung so. Ich schaue es mir in vielen Parlamenten an. Diesem Parlament könnte es auch guttun, wenn man in der Zweiten Lesung nicht immer wieder die gleichen Paragraphen und die gleichen Verfassungsgerichtsurteile zitierte, sondern wenn man das Ganze einmal unter einem anderen Aspekt beleuchtete.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist Plenumsarbeit, Herr Kollege!)

Ein letzter Satz dazu. Ich freue mich über jede Dame im Parlament, und das meine ich ganz ehrlich.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Für die FREIEN WÄHLER hat Frau Abgeordnete Eva Gottstein das Wort.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Vorbemerkungen:

Herr Henkel, irgendwie kommt es mir schon so vor, als fielen Sie aus der Zeit und kämen zumindest aus dem vorigen, wenn nicht gar aus dem vorvorigen Jahrhundert. – "Frauen und Kinder zuerst!" Wenn ich Kapitänin eines Schiffes bin, dann gibt es bei den Kindern sicherlich keine Debatte, und dann kommen bitte die zuerst, die nicht schwimmen können, jene, die vielleicht aufgrund eines Handicaps oder aufgrund ihres

Alters gebrechlich sind, aber nicht die weiblichen Geschlechts. Die schwimmen Ihnen teilweise eher davon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine zweite Vorbemerkung geht an die Kollegin Strohmayer. Simone, ich finde, es ist nicht im Sinne der Frauen, wenn du sagst, dann schafften es vielleicht auch ein paar Frauen, bayerische Ministerin zu werden. Ich finde, auch das ist despektierlich. Bei der Regierungsbildung ist es meiner Meinung nach sehr wohl darum gegangen, möglichst viele Frauen in die Riege der Minister und Staatssekretäre zu bekommen. Auf dieser Ebene geht es aber sehr wohl auch nach der Kompetenz. Ich spreche jetzt nur für uns. Wenn von 27 Abgeordneten 6 Frauen sind und davon 3 völlig neu im Parlament, macht man nicht 3 von ihnen zu Staatssekretärinnen oder Ministerinnen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau das ist das Problem!)

Das hat mit dem Geschlecht nichts zu tun. Das ist eine normale, sachliche Überlegung, zu der wir stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Klar ist, dass wir zu wenige Frauen in den Parlamenten haben. Bei der Debatte sollte man sich vielleicht auch einmal die Zahlen von oben nach unten anschauen. Auf der obersten Ebene, in der EU, sind es 36,1 % Frauen, im Bundestag 31 %, im Bayerischen Landtag 26,8 %. In den Kommunen, wo man meint, dass sich die Frauen am ehesten engagieren könnten, sind es 18,3 %. Man sollte auch einmal darüber nachdenken, woher das kommt.

Wir wissen, es gibt zu wenige Frauen in der Politik und auch in den Vorständen. Heute ist schon gesagt worden, dass das geändert werden muss. Warum? – Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung, Frauen setzen in den Politikthemen andere Prioritäten. Nur das Zusammenspiel und Miteinander von Männern und Frauen bringt die

besten Lösungen. Das ist allgemein bekannt. Man kennt das von der Familie, man kennt das von der Wirtschaft.

Es stellt sich aber natürlich die Frage nach dem Wie der Umsetzung. Sie haben gefragt: Wie kann man das ändern?

Wir streiten gar nicht ab, dass eine mögliche Antwort lautet: Parité. Wir FREIEN WÄHLER haben in der letzten Legislaturperiode ganz bewusst die Popularklage unterstützt, die von 43 Frauenverbänden vorgetragen worden ist. Wir haben das in dem Bewusstsein getan, dass es – unsere Juristen haben uns das laufend gesagt – verfassungsrechtliche Bedenken gibt. Inzwischen gibt es ein eindeutiges Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das wir akzeptieren. Wir wissen auch, dass das auf Bundesebene immer noch überprüft wird. Wir sind auf das Ergebnis gespannt. Wir glauben, dass wahrscheinlich dasselbe Ergebnis herauskommt. Die Souveränität der Parteien ist eben auch ein hohes Gut. Diese wird im Rahmen der Verfassung als höheres Gut eingestuft. Wir akzeptieren das.

Eines muss man schon auch sagen: Ich rede jetzt gar nicht vom Gesetzentwurf der GRÜNEN, weil dieser völlig abwegig ist. Er würde das Gut der Bürgernähe, das in Bayern durch ein ausgetüfteltes System von Stimmkreis- und Wahlkreisabgeordneten gewährleistet wird, infrage stellen.

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Gerade das behalten wir bei!)

Es ist lächerlich, wie Sie das machen. Darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE):  
Haben Sie es nicht gelesen?)

Wir haben inzwischen aber auch Zweifel, dass dies der zielführende oder allein seligmachende Weg wäre. Die Vergleiche mit Frankreich usw. hauen sowieso nicht hin. Das sind andere Wahlsysteme. Leider zeigen doch auch die Ergebnisse bei der Kommunalwahl ganz deutlich – auch Sie als SPD und GRÜNE stellen da paritätische Lis-

ten auf –: Bei mir im Stadtrat in Eichstätt sehe ich keine einzige SPDlerin. Ich sehe auch keine einzige GRÜNE. Ich sehe nur Männer. Tatsache ist eben auch: Wo das Panaschieren und das Kumulieren erlaubt sind, wo die Listenreihenfolge geändert werden darf, fallen Frauen reihenweise raus. Das ist doch die Wurzel des Übels. Das müssen wir bekämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber wie? Wir reden uns da den Mund fusselig. Wir wissen, dass wir Frauen stärken müssen. Wir müssen sie ermutigen, außerfamiliäre Aufgaben wahrzunehmen, etwa in der Politik. Wir müssen Frauen fördern. Ich bin dankbar für jedes Mentorenprogramm. Ich bin dankbar für jeden männlichen Förderer, der an der Spitze eines Vereins oder eines Unternehmens Frauen fördert. Ich wäre in einem letztendlich männerorientierten System auch nicht Schulleiterin geworden, wenn ich nicht einen Schulleiter gehabt hätte, der ganz gezielt geschaut hat, dass Frauen weiterkommen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Wir brauchen diese Förderungen von Männern und von Frauen. Das ist zielführender als manch anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich muss aber auch an die Frauen appellieren: Bitte stellt euch zur Verfügung! Das ist doch auch die Erfahrung in diesem Parlament, und es wird Ihnen nicht recht viel anders ergehen: Ich muss immer wieder aus meinem kleinen Bereich im Landkreis Eichstätt, Region 10, berichten: Was ist denn hier mit den paritätischen Listen? – Da kommt der Ehemann, dann kommt die Ehefrau. Dann kommt der nächste Ehemann, dann kommt die nächste Ehefrau usw. Da brauche ich doch bloß die Nachnamen anzuschauen. So ist es. Auch hier gibt es das Problem, dass Frauen sich nicht zur Verfügung stellen. Das müssen wir ändern. Wir müssen Frauen bitten – und Sie natürlich auch mehr fördern –, in der Politik mitzuspielen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen hier natürlich ganz klar einen Appell an alle Frauen richten. Denn das ist doch das Hauptargument, das uns die Männer entgegenbringen und worauf man immer nur antworten kann: Frauen, wählt Frauen!

Wenn Frauen nicht Frauen wählen und Männer Männer wählen – und so ist es halt anscheinend immer noch, wenn man die Ergebnisse in den Urnen anschaut –, dann kommen wir halt nicht auf einen grünen Zweig. Das hat in diesem Fall nichts mit den GRÜNEN zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ergeht aber auch noch einmal ein Appell an die Parteien. Ich sage das ganz klar an CSU, FREIE WÄHLER und an alle anderen, die nicht SPD und GRÜNE sind: Macht euch die Selbstverpflichtung etwas mehr zu eigen! Man kann darüber streiten, ob das bei der Listenverpflichtung sein muss. Hier muss aber etwas getan werden. Ich gratuliere der Kollegin Julika Sandt – ich weiß nicht, ob sie jetzt da ist –, die es geschafft hat, dass die FDP mit 300 : 100 Stimmen neulich dafür gestimmt hat, die ersten beiden Plätze einer Liste immer mit einem Mann und mit einer Frau zu besetzen. Ich bin da neidisch.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich wünsche meiner Partei, dass wir das ebenfalls einführen. Ich beneide auch die CSU um die Quotenregelung für den Vorstand. Ich bitte hier die FREIEN WÄHLER noch um ein bisschen Anschub.

Das Problem beginnt aber doch damit, dass wir mehr weibliche Parteimitglieder brauchen. Hier liegt die CSU bei 20,3 %. Wir liegen bei 22 %. Die GRÜNEN liegen bei 39 %. Hier müssen wir doch anfangen. Parteipolitik muss frauenfreundlicher werden, auch bezüglich der Zeiten und der Dinge, die wir diskutieren.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Dann wird es besser. – Ich bin erst bei minus 00:12. Das passt. Danke.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Abgeordnete Gottstein, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Ich erteile für eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr von der SPD das Wort.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Liebe Eva, du hast es selber ausgeführt: Ihr habt in der letzten Legislaturperiode die Klage der Frauenverbände unterstützt. Erklär mir doch bitte mal, wie das zusammenpasst. Auf der einen Seite unterstützt ihr die Klage. Auf der anderen Seite nutzt ihr das Mittel, das uns die Entscheidung jetzt aufgegeben hat, dass wir nämlich als Gesetzgeber tätig werden sollen, nicht aus, um Parité jetzt tatsächlich umzusetzen.

Du bist eine Frau, die schon lange politisch tätig ist. Du kennst, genauso wie ich auch, viele Frauen-Mentoringprogramme. Du weißt, dass uns all diese Programme in den letzten Jahren nichts gebracht haben. Noch schlimmer: Die Frauenquote ist nicht nur nicht nach oben gegangen, sondern sogar nach unten. Trotzdem stellst du dich jetzt heute hier hin und sagst, ihr wolltet nur freiwillige Selbstverpflichtungen und keine gesetzlichen Regelungen.

Ich finde, das ist viel zu wenig. Ich finde, es wäre jetzt Aufgabe aller Parteien gewesen, sich die europäischen Regelungen mal anzuschauen. Da gibt es nämlich eine Vielzahl von Regelungen. Ich wäre gerne mit euch in die Diskussion gekommen,

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich darf auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** ob wir die eine oder andere Regelung einführen können. Wir haben Vorschläge gemacht. Ich finde es zu wenig, immer nur zu sagen, man bleibe bei Selbstverpflichtungen.

(Beifall bei der SPD)

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Ich habe genau beantwortet, warum wir die Popularklage unterstützt haben. Wir haben trotz Bedenken unserer Juristen sehr wohl gesagt, dass das mal überprüft werden sollte. Das Ergebnis ist da. Wir halten uns an dieses Ergebnis.

Zum anderen: Ich habe auch klar ausgeführt, dass das ein Weg ist. Meiner Erfahrung nach ist ab dem Moment, ab dem Listen geändert werden können, auch der Weg, den ihr vorschlagt, in keiner Weise zielführend. Das sieht man an den Ergebnissen. Ich bin Pragmatikerin genug zu sagen: Wenn es schon da, wo es geht, nicht zielführend ist, dann sollte man nach den wirklichen Ursachen suchen. Ich glaube, da habe ich einige Lösungen aufgezeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke, Frau Abgeordnete Gottstein. Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Martin Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln das Thema heute zum wiederholten Mal im Plenum. Wir hatten es schon in den Ausschüssen. In den Ausschüssen wurde etwas tiefer und offener über die Anträge gesprochen. Da war doch interessant, wie die Gräben zwischen den Antragstellern der beiden Anträge verlaufen, nämlich zwischen SPD und GRÜNEN.

Die GRÜNEN haben vollkommen recht. Der SPD-Entwurf würde das Ziel, Parité zu erreichen, komplett verfehlen. Das ist der Grund dafür, warum die GRÜNEN einen eigenen Antrag stellen und warum sich die GRÜNEN eben nicht mit dem Antrag der SPD zufriedengeben. Schließlich führt eine Parité auf Listen, die vom Wähler verändert

werden können und auch regelmäßig verändert werden, am Ende nicht zur Parität. Auch hat die Parität auf Listen bei einer Fraktion, die sich aktuell fast ausschließlich aus Direktmandaten zusammensetzt, überhaupt keinen Einfluss.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wo ist euer Vorschlag?)

Bitte? – Wir haben einen Alternativvorschlag.

Die GRÜNEN haben recht. Ihr Vorschlag greift zu kurz. Die SPD hat aber auch recht, wenn sie sagt, dass der Vorschlag der GRÜNEN verfassungswidrig sei. Es ist vollkommen nachvollziehbar, dass die SPD dem GRÜNEN-Vorschlag nicht zugestimmt hat, weil er verfassungswidrig ist. Das trifft allerdings auch auf den SPD-Vorschlag zu. Denn ein ähnliches, fast wortgleiches Gesetz, das die SPD für Bayern vorschlägt, ist in Brandenburg auf den Weg gebracht worden. Bevor sie es da beschlossen haben, haben sie den Parlamentarischen Dienst gefragt, was er denn von diesem Gesetz hält. Nach dem Gutachten des Parlamentarischen Dienstes kam heraus, dass der Parlamentarische Dienst in Brandenburg dieses Parité-Gesetz ebenfalls für verfassungswidrig hält, weil es sowohl einen Verstoß gegen das Verbot der Ungleichbehandlung als auch einen Verstoß gegen die Freiheit und Gleichheit der Wahl sowie einen Verstoß gegen die Autonomie der Parteien darstellt.

Meine Damen und Herren, der letzte Punkt ist entscheidend. Es ist eben nicht Aufgabe des Gesetzgebers, den Parteien reinzureden, wen sie nominieren und in welcher Form sie ihre Listen aufstellen. Wenn Sie als GRÜNE oder als SPD die durchquotierten Listen machen, dann finde ich das völlig in Ordnung. Ich käme auch niemals auf die Idee, Ihnen das zu verbieten. Akzeptieren Sie aber umgekehrt doch bitte auch, wenn es Parteien gibt, die das bei sich anders handhaben.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt in demokratischen Systemen hin und wieder die Möglichkeit, außerhalb der allgemeinen Wahlen bestimmten marginalisierten Minderheiten Mitspracherechte zu ge-

währen. Das kann aber bei Frauen nicht gelten, denn Frauen sind, liebe Kolleginnen, keine marginalisierte Minderheit. Frauen sind eine Mehrheit in Bayern. Frauen stellen 51 % unserer Bevölkerung.

Wenn die Frauen in diesem Land der Meinung wären, dass sie nur durch quotierte Listen angemessene Repräsentationen im Parlament erhalten, dann müssten Ihre Parteien – SPD und GRÜNE – die absolute Mehrheit in diesem Haus stellen. Das tun Sie aber nicht. Sie sind weit davon entfernt, weil für die meisten Wählerinnen und Wähler nicht entscheidend ist, welches Geschlecht ein Politiker hat, sondern weil für die meisten Wählerinnen und Wähler entscheidend ist, was dieser Politiker denkt und welche politische Meinung und Richtung er vertritt.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann mich dem anschließen – es geht mir genauso –, ich fühle mich durch unsere Präsidentin genauso gut vertreten wie durch unsere männlichen Präsidenten, meine Damen und Herren. Ich mache da keinen Unterschied.

Von Frau Lettenbauer wurde gesagt, es gehe darum, dass wir Gleiches ungleich behandeln würden, man dürfe Gleiches nicht ungleich behandeln. – Genau das sieht Ihr Vorschlag aber vor. Ihr Vorschlag basiert doch gerade auf der Prämisse, dass Männer und Frauen ungleich sind.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Warum müsste ich denn für Männer und Frauen zwei unterschiedliche Listenplätze, sogar zwei unterschiedliche Direktmandate reservieren, wenn sie gleich wären? – Gleiches gleich zu behandeln heißt, Männer und Frauen haben alle das aktive und passive Wahlrecht und dürfen alle auf allen Plätzen kandidieren. Genau so ist es vorgesehen.

Was Sie vorhaben, ist etwas anderes. Sie wollen die Spaltung zwischen Männern und Frauen in der Politik so tief treiben, dass Männer und Frauen auf getrennten Plätzen kandidieren müssen. Das ist nun wirklich das Gegenteil von Gleichbehandlung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben in Deutschland Chancengleichheit. Was Sie wollen, ist keine Chancengleichheit. Sie wollen aufgrund der Tatsache, dass die demokratischen Prozesse, die wir in Deutschland haben, nicht die Ergebnisse bringen, die Sie sich wünschen, in diese Prozesse eingreifen. Das halte ich für falsch. Die demokratischen Prozesse sind gut. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden, wen sie ins Parlament wählen, und das soll auch so bleiben, meine Damen und Herren.

Weibliche Parteimitglieder in Deutschland, und zwar in fast jeder Partei, haben sogar eine größere Chance, dass sie in ein Mandat gewählt werden, als männliche Parteimitglieder; denn in fast jeder Partei ist der Anteil von Frauen in den Parlamenten höher als der Mitgliederanteil an Frauen. Wenn wir das Problem an der Wurzel packen wollen, dann müssen wir mehr Frauen in die Parteien bringen. Wir müssen dann mehr Frauen dazu bringen, sich eben auch ehrenamtlich in diesen Parteien politisch zu engagieren, und das ist eine Herausforderung für alle Parteien, insbesondere für meine, die nehme ich da nicht aus.

Ich wünsche mir mehr Frauen in der FDP, aber das ist unser Problem, und das lösen wir auf unsere Weise. Ihre Hilfe brauche ich nicht, und ich brauche vor allen Dingen nicht die Bevormundung des Gesetzgebers. Das machen wir schon alleine, und Sie erledigen bitte Ihre Probleme.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter Hagen. –

Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eine hoffnungsfrohe Optimistin und dachte eigentlich, dass wir zwischen Erster und Zweiter Lesung ein wenig weiter wären. Was ich aber bisher von einigen Kolleginnen und Kollegen hören musste – von Chauvinismus über Stereotype bis wildes Nebelkerzenwerfen –, ist buchstäblich atemberaubend.

Auf der einen Seite wird gesagt, Frau Guttenberger, wir hätten gefühlt keine freien Wahlen mehr. Die Wahlfreiheit wäre weg, die Parteienfreiheit ebenso. – Sorry, das sind doch einfach nur Nebelkerzen, die Sie werfen.

(Zurufe von der CSU – Alexander König (CSU): Sie sind eine populistische Politologin ohne Abschluss!)

Wenn wir es einmal herunterbrechen auf das, um was es eigentlich geht: Es geht hier um Macht und Einfluss, und da regen Sie sich natürlich auf, denn wenn das bedeutet "Hälfte der Macht für Frauen in diesem Parlament", wären nicht so viele Männer hier drin. Deswegen regen Sie sich auf!

(Alexander König (CSU): Wer fängt plötzlich an rumzuschreien? )

Es ist ein Machtthema, und deswegen wehren Sie sich so dagegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir noch einmal zurück zu den Fakten. Erstens. Der Testosteron Gehalt in den Parlamenten, im Bundestag und im Landtag hier, ist in den letzten Jahren und nach den letzten Wahlen gestiegen. Es gibt weniger Frauen als Männer in den Parlamenten, und das ist – ich zitiere Dr. Elisabeth Selbert, eine Mutter des Grundgesetzes – Verfassungsbruch in Permanenz.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Sprich: So, wie die momentane Situation ist, ist sie verfassungswidrig.

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU – Zuruf von der FDP: Klagt dagegen und gewinnt!)

– Schön, dass Sie jetzt gleich so auflachen. Ich erkläre Ihnen das sofort. – Blicken Sie doch in das Grundgesetz. In Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 steht:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die Aufgabe des Staates. – Seit hundert Jahren können Frauen und Männer in diesem Land wählen. Endlich gibt es das Frauenwahlrecht!

(Zurufe der Abgeordneten Alexander König (CSU) und Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Wir haben aber immer noch keine gleiche Repräsentanz!

(Zurufe des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Das bedeutet doch, dass wir als Gesetzgeber dagegensteuern müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der nächste Fakt ist – das wurde auch schon mehrfach genannt –: Frauen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung, 51 %.

(Alexander König (CSU): Das ist völlig neu!)

Ein Parlament sollte einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden, das tut es aber im Moment nicht. Die Debatte und die Entscheidung in anderen Ländern ist schon viel weiter. Zehn europäische Länder haben Parité. Brandenburg ist in Deutschland weiter vorangegangen. Man sieht also: Man kann etwas tun, wenn man etwas tun möchte.

Dann hat ein Kollege hier vorhin gesagt: Na ja, wie kommt man denn ins Parlament? Man müsste ständig am Infostand stehen. Man müsste Veranstaltungen organisieren und so weiter und so fort. – Ich sage Ihnen einmal, wie man ins Parlament kommt. Man muss entweder einen Stimmkreis haben, wo man Direktkandidatin oder Direktkandidat ist, oder man muss auf einer Liste stehen, für die man aufgestellt werden muss. Und hier beginnt doch schon genau das Thema. Wenn man dort keine Frauen aufstellt, dann können sie auch nicht gewählt werden. So einfach ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: So einfach ist Demokratie!)

Deswegen haben wir GRÜNE hier einen Gesetzentwurf vorgelegt, und ich möchte ihn noch einmal kurz erklären, weil er anscheinend noch nicht allen ganz klar ist. Zum einen wollen wir, dass die Wahllisten im Reißverschlussverfahren aufgestellt werden. Zum anderen gehen wir das Problem des Themas Direktmandat an,

(Unruhe)

und wir werden dort nicht irgendwelche Stimmkreise verkleinern,

(Martin Hagen (FDP): Vergrößern!)

sondern wir werden aus zwei Stimmkreisen einen machen,

(Alexander König (CSU): Sie machen gar nichts außer Sprüche hier, glauben Sie mir das!)

und dort wird immer ein Mann oder eine Frau bzw. Divers antreten.

(Unruhe)

Damit schaffen wir es, Parité in das Parlament hineinzubekommen. Und weil Sie sich so aufregen, höhnisch lachen, den Kopf schütteln und das alles absolut blöd finden, kann ich Ihnen nur eines sagen: Sie stecken in der Vergangenheit fest, und in ein paar Jahren werden wir ganz normal Parité im Parlament haben.

(Unruhe – Alexander König (CSU): Sie haben keine Ahnung vom Verfassungsrecht!)

Dann werden Sie sich daran erinnern,

(Anhaltende Unruhe)

dass Sie hier den Kopf geschüttelt haben,

(Anhaltende Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

und Sie werden sich noch wundern, wie die Welt irgendwann einmal aussieht,

(Glocke des Präsidenten)

weil wir schon viel weiter sind, als Sie denken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter König, ich mache mir langsam Sorgen um Ihre Gesundheit.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ja, ich mache mir auch Sorgen um die Gesundheit von Herrn König, aber ich denke, er hält es gerade noch ein bisschen aus.

So, außerdem wollen wir das Kabinett gleichberechtigt besetzen. Das steht auch in unserem Gesetzentwurf. Warum wollen wir das? – Das hat die Kollegin Eva Lettenbauer sehr schön aufgeführt. Frauen sind gleichberechtigt. Sie brauchen die gleiche Repräsentanz. Des Weiteren werden natürlich auch Themen, die Frauen betreffen und die für Frauen wichtig sind, eher in den Fokus gerückt. Auch dafür ist diese Regelung sinnvoll.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Deswegen lassen Sie mich zum Abschluss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Vor hundert Jahren wurde das Frauenwahlrecht erkämpft, und ich habe – genauso wie

meine Fraktion und viele andere Bürgerinnen und Bürger auch – sicherlich keinen Bock, noch einmal hundert Jahre zu warten, bis wir endlich die Hälfte der Macht in den Parlamenten haben. Die Zeiten der Freiwilligkeit sind in meinen Augen vorbei.

(Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Robert Brannekämper (CSU))

Wenn Sie dem nicht zustimmen, werden wir weiter an diesem Thema dranbleiben, und ich garantiere Ihnen: Irgendwann werden wir auch Parité in den Parlamenten haben.

(Unruhe)

Ich freue mich auf den Tag, und ich weiß, dass Sie sich nicht freuen werden, aber das ist nicht mein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. Frau Abgeordnete, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult,

(Alexander König (CSU): Wenn Sie nur Astronautin geworden wären!)

zunächst für eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart, AfD.

**Andreas Winhart (AfD):** Geschätzte Kollegin Schulze, abgesehen davon, dass verschiedene Institutionen in Deutschland solche Vorschläge, wie beispielsweise in Brandenburg auch schon geschehen, für verfassungsrechtlich bedenklich halten, hätte ich jetzt eine Frage. Ihre Partei lehrt uns immer, dass Geschlechter eher etwas "Anerzogenes" sind und nichts, was natürlich angeboren ist. Jetzt wollte ich Sie fragen, wie das bei Ihrem konkreten Fall aussieht. Wie sieht es aus mit Ihrem Vorschlag mit den ganzen Diversen, den Transgendern usw.? Wie sieht es mit der Frage der Frauenquote dort aus?

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Wenn man unseren Gesetzentwurf liest, sieht man sehr deutlich, dass wir das Thema Divers beachtet haben. Eine Person, die sich so zuordnet, kann entweder auf einem Frauenplatz oder auf einem Männerplatz kandidieren.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist so festgelegt und steht auch so in dem Gesetzentwurf.

An Ihrem empörten Aufschauen und diesen weiten Augen, die ich hier gerade sehe, muss ich feststellen: Sie haben anscheinend unseren Gesetzentwurf nicht richtig gelesen, sonst hätten Sie diesen Punkt gewusst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Liebe Kollegin Schulze, ich hatte Sie in der Vergangenheit schon häufiger darauf hingewiesen, dass Ihnen aus meiner Sicht nicht das Monopol in der Klimaschutzdebatte und in gleicher Weise auch nicht das Monopol beim Thema Gendergerechtigkeit zukommt. Wir sind uns im Ziel einig. Heute geht es um den Weg dahin. Ihnen wurde attestiert, zukunftsgerichtet zu sein, so war es vorhin in der Argumentation zu hören. Ich stelle mir die Frage, ob Sie in Ihrer Argumentation nicht rückwärtsgewandt sind. Dazu hätte ich drei Fragen:

Erstens. Wären Sie bereit, die Aussage zurückzunehmen, dass unser bayerisches Wahlsystem verfassungswidrig ist?

Zweitens. Ist es nicht korrekt, dass neben der Gleichberechtigung zum Glück auch die Freiheit der Wahl in Bayern Verfassungsrang genießt?

Drittens. Glauben Sie wirklich, dass es zukunftssträchtig wäre, eine Ständeversammlung abzuschaffen und jetzt über das Wahlrecht die Freiheit der Wahl einzuschränken und eine Genderversammlung statt einer Ständeversammlung einzuführen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Im Grundgesetz steht, Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Sollte es in diesem Punkt Unrechtmäßigkeiten geben, muss der Staat dagegen vorgehen. Seit hundert Jahren können Frauen wählen und gewählt werden. Trotzdem verändert sich nicht sehr viel. Wir können die Fakten nicht wegdiskutieren: Der Frauenanteil geht sogar noch weiter nach unten. Wir müssen daher irgendwann zu dem Punkt kommen: Freiwilligkeit alleine und ein weiteres Mentoring-Programm reichen nicht.

Sie bringen immer das Argument, der Wähler oder die Wählerin könnten nicht frei entscheiden. Dieses Argument greift zu kurz. Vielleicht verstehen Sie es nicht. Deshalb möchte ich es jetzt noch einmal mit Ihnen gemeinsam durchdenken. Bei der Landtagswahl stehen auf dem Wahlzettel Zweitstimmenlisten mit Frauen und Männern. Der Wähler oder die Wählerin kann weiterhin auswählen, wen er oder sie wählen möchte. Mit der Erststimme kann er oder sie Stimmkreiskandidaten wählen, aber nicht nur eine Person, sondern ein Duo, bestehend aus Mann und Frau. Der Wähler oder die Wählerin kann hier auswählen, ob er oder sie ein Duo von den FREIEN WÄHLERN, von den GRÜNEN oder wem auch immer ankreuzt.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen?

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Die Freiheit der Wahl der einzelnen Bürgerinnen und Bürger bleibt weiterhin erhalten. Mit unserem System erreichen wir jedoch Parität im Parlament. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke, Frau Abgeordnete. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Bausback das Wort.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Kollegin, die Schnelligkeit der Sprache ist nicht unbedingt ein Beleg für die Überzeugungskraft der Argumente.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Die Langsamkeit auch nicht.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Kollegin, glauben Sie nicht, dass es für den Fall, dass zwei Stimmen zu vergeben sind, zur formalen strengen Wahlrechtsgleichheit gehört, dass eine Frau, wenn sie dies möchte, zwei Männer oder zwei Frauen oder einen Mann und eine Frau wählen kann und dass ein Mann zwei Frauen oder einen Mann und eine Frau wählen kann? Sie beeinflussen die Vorauswahl. Wie wollen Sie das mit einer freien Wahl vereinbaren? Sie haben recht: Natürlich haben wir nach Artikel 3 die Aufgabe, auf eine Gleichberechtigung hinzuwirken. Das Bundesverfassungsgericht hat aber ganz deutlich gemacht, dass die Freiheit der Wahl ein ganz hoher Wert der Demokratie ist. Sie wollen eine Einschränkung der strengen und formalen Wahlrechtsgleichheit. Ich glaube, dies verstößt ganz klar gegen die Verfassung. Das ist meine Auffassung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Bausback, Sie werden mir zustimmen, dass die Parteien bei der Aufstellung ihrer Listen immer eine gewisse Vorauswahl treffen; denn nur über diese Listen können die Bürgerinnen und Bürger abstimmen.

Ihre zweite Frage war, was Leute tun sollen, die zum Beispiel zwei Frauen und einen Mann wählen wollen. Ich sage Ihnen: Das geht mit unserem Gesetzentwurf ganz prima. Mit der Zweitstimme kann zum Beispiel ein Mann auf Platz vier angekreuzt werden. Im Stimmkreisduo können dann ein Mann und eine Frau angekreuzt werden. Damit hat der Wähler oder die Wählerin zwei Männer und eine Frau gewählt. Das geht

auch anders herum: Der Wähler oder die Wählerin kann mit der Zweitstimme eine Frau wählen und ein Stimmkreisduo. Damit hat er oder sie zwei Frauen und einen Mann gewählt. Dieses Problem ist also sehr leicht zu lösen.

(Tobias Reiß (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Nun zum Thema Verfassungswidrigkeit: Ich denke, der Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes ist sehr deutlich formuliert. Vielleicht können Sie unsere Ungeduld nachvollziehen; denn wir sind in vielen Bereichen unseres Lebens mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen noch nicht so weit, wie wir das gerne hätten.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich muss Sie erneut bitten, zum Ende zu kommen.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Die Gesellschaft fragt sich irgendwann einmal: Was tut denn der Staat, um uns zu helfen? Schließlich steht die Gleichberechtigung in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes. Genau deswegen haben wir unseren Gesetzentwurf eingebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Abgeordnete Schulze. – Als Vertreter der Staatsregierung hat jetzt Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir wollen die Gleichstellung von Mann und Frau fördern und jeder Diskriminierung entgegenwirken. Allerdings begegnet der durch die beiden Gesetzentwürfe vorgeschlagene verordnete Zwang, auf die Auswahl und die Platzierung von Kandidatinnen und Kandidaten Einfluss zu nehmen und mit diesen Eingriffen in der Folge die Zahl der Stimmkreise zu halbieren, grundlegenden Bedenken.

Nach meiner festen Überzeugung kann es nicht die Aufgabe der Wahlgesetze sein, durch inhaltliche Kriterien vorzugeben, wie die Wahlvorschläge der Parteien aussehen sollen und wie sich ein frei zu wählendes Parlament zusammensetzen hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es! Das ist der Punkt!)

Es liegt an uns selbst, in den Parteien Überzeugungsarbeit zu leisten und bei den Frauen dafür zu werben, sich zu engagieren und zu kandidieren. Jeder Partei bleibt es unbenommen, sich in ihren eigenen Statuten Selbstverpflichtungen aufzuerlegen und danach zu verfahren.

Ich halte den Vorwurf für unberechtigt, das geltende Wahlrecht wäre maßgebend für die geringe Anzahl weiblicher Abgeordneter im Bayerischen Landtag. So leicht dürfen wir es den Parteien nicht machen. Das geltende Wahlrecht unterscheidet bei den formalen Anforderungen gerade nicht zwischen Frauen und Männern. Niemand wird wegen seines Geschlechts ausgeschlossen oder benachteiligt. Das soll auch so bleiben.

Sofern das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Versuch unternehmen will, durch eine Änderung der Bayerischen Verfassung die Eingriffe in die Wahlvorschlagsfreiheit und die Programm- und Organisationsfreiheit der Parteien zu legitimieren, vermag dies die bestehenden Bedenken nicht auszuräumen; denn der Grundsatz der gleichen Wahl gilt nach dem Grundgesetz auch für die Wahl der Volksvertretungen in den Ländern. Er kann gar nicht durch die Bayerische Verfassung außer Kraft gesetzt werden.

Die Reduzierung der Stimmkreise um mehr als die Hälfte würde zu einem völligen Neuzuschnitt aller Stimmkreise führen. Aufgrund einer dann notwendigen erheblichen geografischen Ausdehnung würden die politische Arbeit und der unmittelbare Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern erheblich erschwert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die enge persönliche Bindung, die gerade unser Wahlrecht in besonderer Weise prägt, würde dadurch reduziert. Mit der getrennten Wahl jeweils einer Frau und eines Mannes in jedem dieser flächenmäßig verdoppelten Stimmkreise würde das Geschlecht zum allein dominierenden Auswahlkriterium. Das ist der Kern Ihres Vorschlags. Dies entspricht nicht den Geboten unserer Verfassung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Ich sehe Herrn Kollegen Markwort an und muss feststellen: Die Siebzigjährigen, die Achtzigjährigen und die Neunzigjährigen sind in diesem Parlament, betrachtet man ihren Anteil an der Bevölkerung, deutlich unterrepräsentiert. Auch die Zwanzigjährigen sind unterrepräsentiert. Wollen wir in diesem Parlament Altersquoten einführen? Wie sieht es mit der Inklusion von Behinderten aus, bei der wir für den Arbeitsmarkt klare Vorgaben machen? Warum gibt es keine Quoten für das Parlament, wie viele Behinderte zu wählen sind?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Es gibt auch zu wenig Glatzköpfe!)

Wir haben ein Wahlrecht, das klar festlegt: Jede Wählerin und jeder Wähler hat die freie Wahl zwischen Mann und Frau, zwischen Bauarbeiter und Krankenschwester, zwischen Jung und Alt, zwischen Urbayer und Migrant, zwischen CSU, SPD, FREIEN WÄHLERN, FDP, GRÜNEN usw. Ich halte es für falsch, diese völlig freie Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler mit fragwürdigen Verfahrenszwängen einzunengen. Deshalb bitte ich Sie um Ablehnung der vorliegenden Gesetzentwürfe.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Gesetzentwürfe wieder getrennt. Der federführen-

de Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt, beide Entwürfe abzulehnen.

Zunächst kommen wir zum Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/206. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Enthaltungen! – Die Fraktion der SPD und der Abgeordnete Raimund Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/51. Die Urnen sind aufgestellt. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Ich bitte Sie, zur Abstimmung zu kommen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:41 bis 18:46 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich bitte, wieder die Plätze einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Ihre Plätze einzunehmen.

(...)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Das war Tagesordnungspunkt 3, die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Zuständigkeitsgesetzes – Einführung paritätischer Vorgaben im Landeswahlrecht, Drucksache 18/51. Mit Ja haben 53 gestimmt, mit Nein

haben 118 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es 2. Damit wurde der Gesetzentwurf in Zweiter Lesung abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.04.2019 zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Zuständigkeitsgesetzes; Einführung paritätischer Vorgaben im Landeswahlrecht (Drucksache 18/51)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X			Dr. <b>Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Adje</b> Benjamin	X			<b>Fehlner</b> Martina	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X		<b>Fischbach</b> Matthias		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert		X		<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Flisek</b> Christian			
<b>Aures</b> Inge	X			<b>Franke</b> Anne			
				<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Friedl</b> Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Friedl</b> Patrick			
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Fuchs</b> Barbara	X		
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Füracker</b> Albert			
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X					
<b>Bayerbach</b> Markus		X		<b>Ganserer</b> Markus (Tessa)	X		
<b>Becher</b> Johannes	X			<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Bergmüller</b> Franz		X		<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Blume</b> Markus				<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Böhm</b> Martin		X		<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Bozoglu</b> Cemal	X			<b>Graupner</b> Richard		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Güller</b> Harald	X		
von <b>Brunn</b> Florian	X			<b>Guttenberger</b> Petra		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus	X						
<b>Busch</b> Michael			X	<b>Häusler</b> Johann			
				<b>Hagen</b> Martin		X	
<b>Celina</b> Kerstin	X			Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo		X	
Dr. <b>Cyron</b> Anne		X		<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
				<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Deisenhofer</b> Maximilian	X			<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Demirel</b> Gülseren	X			<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Haubrich</b> Christina	X		
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Henkel</b> Uli		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X		<b>Herold</b> Hans			
<b>Duin</b> Albert				Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
				<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
<b>Eibl</b> Manfred		X		<b>Hierneis</b> Christian	X		
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Eisenreich</b> Georg				<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Enders</b> Susann				<b>Högl</b> Petra		X	
<b>Enghuber</b> Matthias				<b>Hofmann</b> Michael		X	
				<b>Hold</b> Alexander		X	
<b>Fackler</b> Wolfgang		X		<b>Holetschek</b> Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
Dr. <b>Kaltenhauser</b> Helmut		X	
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Klingen</b> Christian		X	
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Körber</b> Sebastian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Krahl</b> Andreas	X		
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Susanne	X		
<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Löw</b> Stefan		X	
Dr. <b>Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer			
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph		X	
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Markwort</b> Helmut		X	
Dr. <b>Mehring</b> Fabian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Monatzeder</b> Hep	X		
Dr. <b>Müller</b> Ralph		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
Dr. <b>Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			
<b>Pargent</b> Tim	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			
<b>Pittner</b> Gerald		X	
<b>Plenk</b> Markus		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
<b>Radler</b> Kerstin		X	
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Regitz</b> Barbara		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rüth</b> Berthold			
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sandt</b> Julika			
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Ulrike		X	
<b>Schiffers</b> Jan		X	
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Seidl</b> Josef			
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Skutella</b> Christoph		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
Dr. <b>Spitzer</b> Dominik		X	
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia			
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Swoboda</b> Raimund			X
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter			
<b>Toman</b> Anna	X		
<b>Tomaschko</b> Peter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Urban</b> Hans	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard			
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Zellmeier</b> Josef			
<b>Zierer</b> Benno		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	53	118	2